

Vermerk der Direktion für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten (Paris, 5. Februar 1957)

Legende: Am 5. Februar 1957 verfasst die Direktion für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten des französischen Außenministeriums einen Vermerk, in dem es die Positionen der unterschiedlichen Delegationen zum Thema der Assoziierung der Überseegebiete mit dem europäischen Binnenmarkt zusammenfasst.

Quelle: Ministère des Affaires étrangères; Commission de publication des DDF (sous la dir.). Documents diplomatiques français. Volume I: 1957, 1er juillet-31 décembre, Annexes. Paris: Imprimerie nationale, [s.d.], p. 199-200.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/vermerk_der_direktion_fur_wirtschafts_und_finanzangelegenheiten_paris_5_februar_1957-de-346fd2d2-c14a-43f7-8555-0334f911ef63.html



Publication date: 01/03/2017

Vermerk der Direktion für Wirtschaft- und Finanzangelegenheiten (Paris, 5. Februar 1957)

(Abteilung für wirtschaftliche Zusammenarbeit) Überseeische Gebiete und Gemeinsamer Markt

Nach mehrfachem Meinungsaustausch zwischen den Außenministern und den Delegationsleitern während der Konferenz in Brüssel zeichnen sich offensichtlich unterschiedliche Tendenzen in der Frage der überseeischen Gebiete ab.

1. Aufgrund seiner im Wesentlichen politischen Auffassung von der Frage scheint Präsident Spaak eine Assoziierung der überseeischen Gebiete mit dem Gemeinsamen Markt zu wünschen, wodurch das vereinte Europa um „Eurafrika“ ergänzt werden sollte.

Die jüngsten deutschen Vorschläge, die eine solche Assoziierung in groben Zügen darlegen, entsprechen also in ausreichendem Maße seinen Vorstellungen.

2. Das Sekretariat der Konferenz – es spielt bei den Verhandlungen eine wichtige Rolle – sieht in der Frage vor allem ein letztes Hindernis für den Abschluss des Vertrags. Für das Sekretariat ist jegliche Lösung gut, solange sie dieses Hindernis beseitigt.

3. Die Bundesregierung strebt sicherlich redlich nach einem Kompromiss, wobei ihr daran gelegen ist, große finanzielle Belastungen für die überseeischen Gebiete zu vermeiden; gleichzeitig muss sie die Empfindlichkeiten der deutschen öffentlichen Meinung in „kolonialen“ Fragen berücksichtigen.

Ihre jüngsten Vorschläge sind zwar nicht zufriedenstellender als ihre erste Vorlage vor zwei Wochen, sie zeigen jedoch eine deutliche Bereitschaft zum Ausgleich, die man nicht verkennen darf, will man schwer wiegende Missverständnisse vermeiden.

4. Die Niederlande sind gegen jede sofortige konkrete Lösung. Es ist jedoch möglich, dass sie sich dem deutschen Entwurf anschließen können, falls dieser für sie keine ungebührlich hohen Kosten nach sich zieht.

5. Die italienische Delegation steht der Assoziierung der Überseegebiete mit dem Gemeinsamen Markt positiv gegenüber. Sie befürchtet jedoch eine gewisse Konkurrenz zwischen dem Süden Italiens und den französischen Überseegebieten (T.O.M.) bei der Vergabe von Finanzmitteln und Investitionen. Von daher kann ihr die deutsche Vorlage, in der Haushaltsbeiträge der Sechs vorgesehen sind, akzeptabel erscheinen, allerdings unter der Voraussetzung, dass der italienische Beitrag gering ausfällt.

6. Belgien stand der französischen Position anfänglich äußerst positiv gegenüber. Im Lauf der Verhandlungen scheint seine Unterstützung jedoch abzunehmen.

Es kann nicht mehr darauf hoffen – falls dies jemals seine uneingestandene politische Absicht war –, Leopoldville gewissermaßen zur Hauptstadt eines vereinten und mit Europa assoziierten Afrikas zu machen.

Andererseits verschaffen die deutschen Vorschläge dem Land eine gewisse finanzielle Unterstützung für Investitionen im sozialen Bereich und für gewinnträchtige Anlagen, die seine finanziellen Belastungen erleichtern oder die Entwicklung Belgisch-Kongos fördern könnte, obwohl Belgien keine Zugeständnisse anbieten kann, da seine Übersee-Märkte ausländischen Produkten bereits jetzt offen stehen.

Angesichts der so zu Tage tretenden unterschiedlichen Tendenzen könnte unser Land in eine isolierte Position geraten, falls letztlich die Mehrheit sich auf Bestimmungen auf Grundlage der deutschen Vorschläge einigte.

In den kommenden Expertengesprächen wird die Problematik sicherlich noch vertieft erörtert werden. Es sollte jedoch vermieden werden, diese Erörterungen zu lange ohne neue französische Vorschläge

fortzusetzen, damit sich bei unseren Partnern keine Haltung auf der Grundlage der deutschen Vorlage herauskristallisiert.

In einem solchen Fall wäre es sehr schwierig, Lösungen durchzusetzen, die gleichzeitig Anliegen politischer Natur berücksichtigen und die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung gestalten.